

Abstract

Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen

von Werner Rügemer

Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen ist ein Eckpfeiler der neoliberalen Umgründung des Staates und der Gesellschaft. Diese Privatisierung ist somit auch ein tiefgreifender Mechanismus zur erweiterten und internationalisierten Akkumulation von Profit und zur Ausbeutung von Arbeitskraft. Öffentliches Vermögen, das zum Teil über ein Jahrhundert lang aufgebaut wurde - darunter Kanalisationen, Energie- und Kommunikationsnetze, Trinkwasser- und Transportsysteme, Stadtwerke, Schulen, öffentliche Gebäude, Wohnungsgenossenschaften usw. - wird kurzfristig unter Wert verschleudert und zur Basis langfristiger Sicherheiten für Kapitaltransaktionen gemacht (Verbriefung, Forderungsverkauf u.a.).

Gleichzeitig werden die bisherigen, relativen demokratischen Prozeduren ausgehöhlt oder ausgehebelt. Es herrscht eine extreme Geheimhaltung, mit der Begründung, Betriebsgeheimnisse müssten geschützt werden. Den politischen Beschlussgremien - in Deutschland Bundestag, Landtage, Stadt-, Kreis- und Gemeinderäte - werden die vollständigen Privatisierungsverträge nicht vorgelegt, sie liegen auch den Aufsichtsgremien, beispielsweise der Kommunalaufsicht oder anderen Gremien, nicht vor.

Es werden nicht nur die „Sozialpartnerschaft“ und der „Sozialstaat“ bisheriger Form abgebaut bzw. zerstört, sondern auch der Rechtsstaat: Das Recht stützt einseitiger als bisher die Rechte der „Investoren“, während die Entgelt- und Transfer-Abhängigen noch weniger Rechte und noch weniger Einkommen erhalten. Die neoliberalen Akteure sehen sich berechtigt, geltende Gesetze zu übertreten. Leistungen werden teurer, Schattenhaushalte blühen auf, die Staatsverschuldung wächst zusätzlich, das Leben der Mehrheit wird unsicherer und prekärer, die Demokratie wird zur demagogischen Fassade.